

Schneider-Zeitung

Organ des Verbandes christlicher Schneider, Schneiderinnen und verwandter Berufe Deutschlands.

Die „Schneider-Zeitung“ erscheint alle 14 Tage Samstags u. wird den Mitgliedern gratis zugewiesen. Für Nichtmitglieder kostet die „Schneider-Zeitung“ durch die Post bezogen 1 Mark pro Quartal ohne Bestellgeld.

Redaktion u. Expedition: RDA, Benloewall 9. Fernsprech-Nr. A. 888. —
Redaktionschluss Montags Mittags vor dem Erscheinungstag. Inseratenannahme
durch Otto Kleine, Markt SW. 47. Modernstr. 67.

Soziale Gedanken in der Verfassung des deutschen Reiches.

II.

Seit Ausbruch der Revolution ist über Sozialismus und Sozialisierung sehr viel geschrieben und geredet worden. Man kann aber nicht behaupten, daß irgendeine Klärung über Möglichkeit und Grenzen der Sozialisierung bereits erreicht sei. Trotzdem werden wir als Arbeiter darüber nicht im Zweifel sein dürfen, daß wir vielleicht in der Zukunft vor einer Umwälzung unserer Volkswirtschaft stehen, wie wir das heute noch nicht einmal ahnen. Außerer Zwang wird die Triebkraft dieser Umwälzung sein. In diesem Zusammenhang ist nur eine kurze Betrachtung über dieses Kapitel notwendig, soweit die Verfassung irgendwelche Bestimmungen hierfür enthält. Die Verfassung läßt die Möglichkeit starker Eingriffe offen. Das Reich kann in Zukunft auch den Unternehmungen gegenüber die Maßnahmen treffen, die das öffentliche Wohl erfordert. Im Artikel 156 heißt es:

„Das Reich kann durch Gesetz, unbeschadet der Entschädigung, in stimmungsgemäßer Anwendung der für die Enteignung geltenden Bestimmungen, für die Bergesellschaftung geeignete private wirtschaftliche Unternehmungen in Gemeineigentum überführen. Es kann sich selbst, die Länder oder die Gemeinden an der Verwaltung wirtschaftlicher Unternehmungen beteiligen oder sich daran in anderer Weise einen bestimmenden Einfluß sichern.“

Das Reich hat also in Zukunft das Recht, geeignete Unternehmungen selbst zu übernehmen; es kann sich an Unternehmungen beteiligen oder anderen öffentlichen Körperschaften hierzu Vollmacht erteilen, oder aber sich anderweitig jeden notwendigen Einfluß sichern. Auch für die bismarcksche Planwirtschaft ist kein Hindernis vorhanden. Im Gegenteil es wird ausdrücklich im nächsten Absatz ausgesprochen:

„Das Reich kann ferner im Falle dringenden Bedürfnisses zum Zwecke der Gemeinwirtschaft durch Gesetz wirtschaftliche Unternehmungen und Verbände auf der Grundlage der Selbstverwaltung zusammenschließen mit dem Ziele, die Mitwirkung aller schaffenden Volksteile zu sichern, Arbeitgeber und Arbeitnehmer an der Verwaltung zu beteiligen und Erzeugung, Herstellung, Verteilung, Preisgestaltung sowie Ein- und Ausfuhr der Wirtschaftsgüter nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen regeln.“

Eine Verstaatlichung der Wirtschaftsgenossenschaften ist dabei vorgesehen. Es ist also wohl dabei auseinanderzusetzen, daß die Verfassung keine Bergesellschaftung in Dausch und Bogen vorsieht, sondern daß die Bergesellschaftung

dann eintreten soll, wenn ein dringendes Bedürfnis hierfür vorliegt. Man darf wohl noch hinzufügen: Wenn auch der Nachweis dafür erbracht ist, daß durch eine Bergesellschaftung die Interessen der Gesamtheit besser gewahrt sind als durch die Privatwirtschaft. In diesem Sinne können wir die Bestrebungen des Artikels 156 voll und ganz unterstützen.

Die nächsten Artikel befassen sich mit der Arbeit. In der Vergangenheit gab es eine Zeit, wo die Arbeit und der arbeitende Mensch sich überhaupt keines gesetzlichen Schutzes erfreuten. Die liberale Wirtschaftslehre erklärte den Arbeitsvertrag für eine private Angelegenheit, in die sich der Gesetzgeber nicht einzumischen habe. Inzwischen ist dieser Standpunkt längst verlassen worden. Mehr oder weniger wurde der arbeitende Mensch durch eine Reihe von gesetzlichen Bestimmungen geschützt. Die Verfassung bietet also hier nichts, wofür sich nicht in der Vergangenheit starke Anfänge finden. Aber der Umschwung in den Ansichten kommt doch darin zum Ausdruck, daß diesem Kapitel mehrere Artikel gewidmet sind. Artikel 157 stellt die Arbeitskraft unter den besonderen Schutz des Reiches und stellt ein einheitliches Arbeiterrecht in Aussicht. Im ersten Satz findet ein Gedanke Anerkennung, um den lange gekämpft wurde. In unserer Zeit hat sich der Staat um alle möglichen Dinge gekümmert, aber um die Vernichtung und Verminderung der menschlichen Arbeitskraft unmöglich zu machen, mußte er selbst gegen einflussreiche Mächte sich oftmals unnützlich verhalten. Die Schaffung eines einheitlichen Arbeiterrechts werden wir wohl mit Freuden begrüßen. Heute sind die das Arbeitsrecht betreffenden Bestimmungen so zerstreut, daß sich kein Mensch mehr zurechtfindet. Was aber weiter notwendig ist, das ist ein brauchbares Deutsch in einem Arbeiterrecht.

Um die Koalitionsfreiheit ist in der Vergangenheit mancher Kampf geführt worden. Längst war die Industrie dazu gekommen, die freie Konkurrenz aufzugeben und sich zu Organisationen zusammenzuschließen. Der Arbeiterschaft wollte man aber den Individualismus mit Gewalt aufzwingen. Die doppelte Moral dieser Haltung haben die Arbeiter längst erkannt. Deshalb haben aber auch alle Kämpfe um die Koalitionsfreiheit für jedermann, soweit es sich um Bestrebungen zur Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen handelt. Alle Maßnahmen, diese Freiheit einzuschränken, sind rechtswidrig. Es ist aber doch nicht uninteressant, hier festzustellen, daß der sozialdemokratische Berichterstatter Dr. Singheim in der Sitzung vom 21. Juli öffentlich hierzu erklärte: „Hierzu ist die Bemerkung zu machen, daß durch die verfassungsmäßige Anerkennung der wirtschaftlichen und sozialen Vereinigungsfreiheit nicht auch verfassungsmäßig die soge-

nannte Streikfreiheit konstituiert ist. Anerkannt ist nur allgemein die wirtschaftliche Vereinigungsfreiheit." (Siehe Bericht der Nationalversammlung, Seite 1749.) Eine allgemeine Streikfreiheit zur Vernichtung unserer Wirtschaft soll, wie der Sozialdemokratische Redner besonders betont, nicht ausgesprochen sein, wenn auch, wie er besonders hervorhebt, die Meinung des Verfassungsausschusses die war, daß die bekannte Verordnung, die allen Berufen das Streikrecht gibt, weiter geltendes Recht bleibt. Vom wirtschaftlichen und sozialen Standpunkt aus kann man nur wünschen, daß mit der Erringung der vollen Koalitionsfreiheit eine Verminderung der Kämpfe eintritt. Kämpfe sind notwendig, um sich durchzusetzen, aber sie wirken schädigend und können niemals Selbstzweck, geschweige denn das Endziel sein. Hoffentlich liegt die Zeit schwerer sozialen Kämpfe hinter uns! Aufbauende Arbeit ist es, die wir brauchen, und Verständigung auf dem Boden gegenseitiger Gleichberechtigung ist besser als steter Kampf.

Soll der Arbeiter sich am staatsbürgerlichen Leben beteiligen, so darf er in seiner Tätigkeit nicht gehindert sein. Er darf zunächst nicht gemahngelt werden, wie das in der Vergangenheit recht oft der Fall war. Es bedeutet einen erheblichen Fortschritt, wenn die Verfassung im Artikel 160 ausspricht, daß ein Arbeiter oder Angestellter, der staatsbürgerliche Rechte ausübt, die nötige freie Zeit dazu bekommen muß, soweit der Betrieb dadurch nicht erheblich geschädigt wird. Eine Entschädigung für entgangenen Lohn soll eine Regelung durch Gesetz erfahren.

Nach christlicher Auffassung ist die Arbeit für jeden Menschen eine sittliche Pflicht. In einer seiner letzten Schriften („Ethik und Volkswirtschaft“) betont Heinrich Pesch S. J., daß die Arbeit für alle in gleicher Weise durch das Sittengesetz ausgesprochen sei. Wie das Gesetz des Todes jeden ohne Ausnahme treffe, so sei auch die Verpflichtung zur Arbeit für jeden Menschen unabwiesbar. Wenn er der Ansicht Ausdruck gibt, daß auch geistige Beschäftigung als Arbeit anzusehen sei, so können wir hierzu unsere volle Zustimmung aussprechen. Die Verfassung nimmt dieselbe Stellung ein. Artikel 163 lautet:

„Jeder Deutsche hat unbeschadet seiner persönlichen Freiheit die sittliche Pflicht, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert.“

Macht man die Arbeit zu einer Pflicht, dann übernimmt man auch die Verpflichtung für Arbeit zu sorgen oder doch im Falle der Arbeitslosigkeit für den notwendigen Unterhalt zu sorgen. Die Verfassung zieht diese Konsequenz. Jedem soll die Möglichkeit geboten werden, seinen Lebensunterhalt durch wirtschaftliche Arbeit zu verdienen. Ist diese nicht gegeben, so wird Unterstützung in Aussicht gestellt. Die nähere Regelung bleibt besonderen Reichsgesetzen vorbehalten.*)

Nicht nur für die körperliche Arbeit wird in der Verfassung der Schutz des Reiches gefordert, sondern auch für die geistige Arbeit, insbesondere für die des Künstlers. Auch ist man im neuen Deutschland nicht der Ansicht, daß der Mittelstand verschwinden solle, denn Artikel 164 verspricht, den selbständigen Mittelstand in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel durch die Gesetzgebung und Verwaltung zu fördern und gegen eine Auflösung zu schützen. Wirkliche soziale Politik kann ja auch niemals das Ziel verfolgen, möglichst viele unselbständige Menschen zu schaffen, sondern die Bahn für befähigte Menschen offen zu lassen. Der selbständige Arbeiter, der sich ein Bild von dem sozi-

alen Aufbau unseres Volkes zu machen in der Lage ist, wird deshalb auch eine solche Fürsorge nachdrücklich unterstützen.

Bis zum Weltkrieg wurden die gewerkschaftlichen Organisationen als ein notwendiges, vom Staate nur geduldetes Uebel angesehen. Dann machte man die „Entdeckung“, daß diese Organisationen doch auch eine Nützlichkeitsarbeit für das soziale Ganze leisten. Man bediente sich ihrer und lernte ihre Bedeutung schätzen. Es ist deshalb eigentlich selbstverständlich, wenn nunmehr die Arbeiter- und Angestelltenorganisationen auch in der Verfassung anerkannt werden. Mehr als das. Was längst sich in der Praxis durchgesetzt hatte, nämlich die kollektiven Vereinbarungen zwischen Unternehmern und Arbeitern, sie finden ihre Anerkennung. Der so viel umstrittene Artikel 165 verspricht den Arbeitern eine Vertretung im Betriebe durch Betriebsräte. Die Gesetzesvorlage ist bereits der Nationalversammlung vorgelegt worden. Weiter werden Bezirksarbeiterräte und ein Reichsarbeitererrat in Aussicht gestellt. Ueber die Betriebsräte ist bereits allerlei geschrieben worden und auf die übrigen noch bevorstehenden Gesetzentwürfe über Bezirksarbeiterräte und einen Reichswirtschaftsrat kann in diesem Zusammenhang nicht näher eingegangen werden.

Der Zweck dieser Abhandlung kann nur sein, zu informieren. Es ist erwünscht, daß die Belpredung dieser Fragen zu Vorträgen in Unterrichtskursen benutzt werde. Dazu ist ein längeres Studium der Verfassung selbst notwendig.

Die christliche Grundlage der Gewerkschaften.

Von Arbeiterssekretär E. Hartwig-Bethel.

Die Frage: „Warum christliche Gewerkschaften?“ dürfte heute als geklärt gelten. Dennoch ist es notwendig, im Interesse der Tausende und Abertausende von Arbeitern, Angestellten und Beamten, die heute den Weg in die gewerkschaftliche Organisation suchen und finden müssen, sie öffentlich zu behandeln. Seit der politischen Umwälzung, mit der die wirtschaftliche nicht nur Schritt hält, sondern in verstärktem Maße in die Erscheinung tritt, ist der Zustrom der Unorganisierten zu den Gewerkschaften aller Richtungen ein gewaltiger geworden. Das Gewes der Lohnarbeiterschaft ist bereits von den Gewerkschaften erfasst. Hunderttausende aber sind den freien bezw. sozialdemokratischen Gewerkschaften zugezogen, ohne über die geistigen Grundlagen derselben im Klaren zu sein. Von sozialdemokratischer Seite wird unausgesetzt mit der Angabe gearbeitet, daß für die Gegenwart nur noch ein Verband notwendig sei, daß die bestehenden Organisationen zusammengelegt würden. Es wird der Schein erweckt, als ob die Leitungen aller Gewerkschaftsrichtungen sich dahin verständigt hätten und in dieser Auffassung eins seien. Diese Art unlauterer Werbung hat zur Folge gehabt, daß viele, insbesondere evangelische Arbeiter und Arbeiterinnen in den freien Gewerkschaften landen, die auf Grund ihrer Welt- und Lebensanschauung in die christlichen Gewerkschaften gehören. Die Ursachen, die den christlichen Gewerkschaften das Leben gaben, sind nicht nur noch in vollem Umfange vorhanden, sondern dieselben haben sich noch erheblich verschärft, indem die freien Gewerkschaften in den letzten Jahren, insbesondere aber seit dem Tage der Revolution, immer schärfer in die linke politische und wirtschaftliche radikale sozialistische Idemwelt getrieben und unter den Einfluß kommunistisch-materiellistischer Führer gelangten. Die Rundgebungen und Tagungen der freien Gewerkschaften in der neueren Zeit beweisen das aufs schärfste. Die alten ergauchten Führer, die für die Bewegung persönlich und materiell die größten Opfer gebracht

*) Vergl. aber zu diesen ganzen Fragen die Schrift von Th. Trauer „Das Recht auf Arbeit“ die soeben im Verlage von Gustav Fischer in Jena erschienen ist.

haben, müssen über die Dinge springen und werden der demagogischen Kraftmeierei der neuen radikalen Führer und den materiellen Instinkten der radikalisierten Massen geopfert. Parteipolitisch waren die freien Gewerkschaften noch nie neutral, wie dies die christlichen Gewerkschaften, soweit die bürgerliche Staatsauffassung in Frage kommt, gewesen sind, sondern sie waren und sind heute aus recht gewollt einseitig materialistisch-sozialistisch und kämpften offen für die sozialdemokratische Partei. Nachdem nunmehr aber in der Sozialdemokratie der Spaltplatz erfolgreich gewandelt hat, und jetzt nicht eine, sondern 4 bis 5 sozialdemokratische Parteibildungen zu verzeichnen sind, erklären sich die freien Gewerkschaften diesen sozialistischen Gruppen gegenüber neutral. Die sozialdemokratischen Gruppen vergelten diese Neutralitätsklärung damit, daß sie ihrerseits innerhalb aller der Gewerkschaftskommission der freien Gewerkschaften Deutschlands angeschlossenen Zentralverbände den offenen Kampf um die Leitung der betreffenden Gruppenauffassung aufnehmen, sei es die Rechte der Sozialdemokratie, U. S. P. D., die kommunistisch-sozialistische Partei Deutschlands oder Spartakus. Sie alle suchen die Leitung der freien Gewerkschaften in die Hand zu bekommen. In einem sind sich alle diese verschiedenen sozialistischen Richtungen einschließlich der freien Gewerkschaften einig: Kampf gegenüber jeder Organisation oder Vereinigungsform, die auf dem Boden des Christentums steht oder die Geltung christlicher Grundsätze im öffentlichen Leben vertritt. Dieser schärfste Kampf, allen christlichen Vereinen, Kampf der christlichen Kirche und Kampf den christlichen Gewerkschaften. Nicht etwa gilt dieser Kampf nur der äußeren Form, sondern er gilt den Grundfundamenten des Christentums, den organisierten christlichen Bekenntern. Das zeigt sich nirgends schärfer als im Kampf des organisierten materialistischen Sozialismus gegen den Religionsunterricht in der Schule. Es kann daher für jeden Bekenner des evangelischen Christentums keine Frage sein, welcher Gewerkschaftsform er sich zur Wahrung seiner wirtschaftlichen Interessen anschließt. Jeder Anschluß an eine andere Gewerkschaftsform, insbesondere an die freien Gewerkschaften, würde zur Verleumdung der eigenen sittlichen Weltanschauung und zur Schwärzung der Waffen der antichristlichen Geistesmacht beitragen. Die Einsicht, daß die Gewerkschaften mit der Weltanschauung nichts gemein habe, ist für unser Volk und insbesondere für unsere Tage nicht richtig. Seit sich die wirtschaftlichen Verhältnisse auf das stärkste und schärfste beeinflussenden Ideen der materialistischen Gesellschaftsauffassung und christlichen Lebensauffassung der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Organisationsformen bemächtigt haben, ist dieser Einwand nicht mehr stichhaltig. Alle Vorurteile, die in die Köpfe der sozialdemokratischen Gewerkschaften fließen, dienen mit dazu, das Christentum, insbesondere im öffentlichen Leben, zu bekämpfen und niederzuschlagen. Eine Reihe von Einzelpersonlichkeiten der sozialistischen Bewegung, die sich zum Christentum halten, bilden eine Ausnahme von der Regel.

Den christlichen Berufsorganisationen wird häufig zum Vorwurf gemacht, daß sie zu wenig wirkliches sittliches Christentum in ihrer Arbeit aufweisen. Diesen Vorwurf könnte man mit dem Hinweis auf die öffentliche und allgemeine Bittsamkeit der Arbeitgebendenverbände abwehren. Zunächst aber ist darauf hinzuweisen, daß dieser Vorwurf wohl sehr leicht erhoben werden wird, aber in den wenigsten Fällen ein Beweis für seine Richtigkeit erbracht zu werden pflegt. Dort, wo man den Versuch, diese Beweise aufzubringen, macht, läuft er stets darauf hinaus, daß es sich um die Entgleisungen und Fehler von einzelnen Persönlichkeiten handelt, die dem Willen und Streben und Ringen der Gesamtbewegung widersprechen, während es bei der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung umgekehrt ist, daß dort die wenigen, die ihr Christentum noch hochhalten können, dem grundsätzlichen Willen und Streben der gesamten sozialistisch-materialistischen Bewegung entgegenhandeln. Die grundsätzliche Basis des christ-

lichen Gewerkschaften versucht, das Streben nach besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen, die Linderung und Beseitigung aller sozialen Misse sowie die Forderungen nach tatsächlicher Gleichberechtigung für die Arbeiterschaft mit allen Ständen den praktischen Grundsätzen des Christentums unterzuordnen. Das wird nicht nur bei der Aufstellung der Forderungen an der Hand der jeweiligen volkswirtschaftlichen Möglichkeiten durchzuführen versucht, sondern auch in der christlichen Gewerkschaftspresse, in Vereinen und Kursen werden die den beiden Konfessionen gemeinsamen christlichen Grundlehren an der Hand praktischer wirtschaftlicher und sozialer Fragen nahe gebracht und damit die gesamte christliche Lebensauffassung des arbeitenden Volkes gestärkt.

Aus dieser Grundanschauung der christlichen Gewerkschaftsbewegung entspringen die scharfen Gegensätze mit den sogenannten freien Gewerkschaften. Sie ist die Ursache der fortwährenden Kampfstellung der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften gegenüber der christlich-nationalen Arbeiterbewegung von Anfang an gewesen und wird es auch bleiben. Daß die christliche Arbeiterbewegung seit ihrem Entstehen und auch fernach in all den Fragen, die die Solidarität der gesamten Arbeiterschaft angehen, das Standesinteresse hochgehalten hat und hochgehalten wird, soweit dasselbe ihrer christlichen Grundanschauung nicht widerstreitet, dafür hat sie tausendfältige Beweise geliefert. Die evangelischen Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellten und Beamten aber sollten mit freudigem Bekenner- und Kampfesmut an der Gewinnung aller Standesgenossen für die christliche Gewerkschaftsbewegung unausgesetzt tätig sein. Ebenso sollten alle evangelisch-sozialen Frauen und Männer aus den intellektuellen Schichten am ihrem Teil dazu beitragen, um eine einheitliche Front evangelisch-sozialer Lebens- und Staatsauffassung in unserem evangelischen Volk herzustellen. Das ist heute, wo im wirtschaftlichen und politischen Leben sich eine breite Front der Gegner gebildet hat, eine gebieterische Notwendigkeit.

Auch eine Generalversammlung.

In den letzten Wochen fand in Stuttgart die Generalversammlung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes statt. Im Vorfeld herrschte eine gewisse Spannung darüber, was dieser Verbandstag wohl leisten werde, hatte doch die radikale Richtung die Mehrheit unter den Delegierten. Wenn bisher bei einem Teil der deutschen Arbeiter noch der Glaube vorhanden war, daß die radikalen Elemente dazu berufen seien, den Gewerkschaften jenseits der praktischen Arbeit zuzuführen, so hat sie diese Generalversammlung eines besseren belehrt. Die ersten vier Tage tritt man sich um die Bureauwahl, Befragung der Mandatsprüfungskommission und dergleichen Nebensächlichkeiten mehr, ohne daß man Zeit gefunden hätte, sich mit Arbeiterfragen in engerem Sinne zu beschäftigen. Der Gesamteindruck ist demzufolge auch ein armerlicher. Die radikale Mehrheit huldigte dem Grundsatz: Macht geht vor Recht. So ist es auch nicht verwunderlich, daß die angesprochenen Mandatsinhaber sich als souverän fühlten und sich somit als zu Recht gewählt betrachteten. In einer mit 194 gegen 129 Stimmen angenommenen Resolution verworf der Verbandstag die Politik der Generalkommission und des Vorstandes und sprach sich für das Rätesystem aus. Mit Recht sagte der Genosse Bernick-Stuttgart in seinem Referat über: Arbeitsgemeinschaften und künftige Aufgaben unserer Organisation: Stellt sich der Verbandstag auf den Boden des Rätesystems, so muß auch der Verband in einen revolutionären Industrieverband umgewandelt werden. Ein Abweichen des Metallarbeiterverbandes vom Wege zu den Arbeitsgemeinschaften bedeute die Zerstümmerung des Verbandes. Die von den Unabhängigen durchzuführende Teilwirtschaft sei ein „Unsinn“. Dieser Unsinn wurde dann, wie oben mitgeteilt, beschlossen. In einem Punkt machte der Verbandstag allerdings

praktische Arbeit, und zwar der Befestigung der Gehälter. Für die leitenden Beamten wurde das Gehalt bis zu 12 000 M festgesetzt, obwohl dieselben Leute früher immer behaupteten, die Gehälter dürfen nicht zu hoch sein, weil sonst die Beamten das proletarische Bewußtsein verlieren. Diese Befürchtung scheint jetzt nicht mehr vorhanden zu sein, wohl deswegen, weil sich die Herren jetzt selbst in den Gehältern der Gehälter sehen. Unter solchen Umständen ist die Bemerkung des dänischen Gastes Hansen: Er habe geglaubt auf einen gewerkschaftlichen Verbandstag zu kommen, er befinde sich aber auf einem politischen Kongress, auf dem zwei Parteien um die Macht ringen, wohl verständlich. Ebenso verständlich ist aber auch, daß Hansen mit den übrigen skandinavischen Vertretern nach fünf Tagen den Verbandstag verließ. Sie hatten gemerkt. Der bisherige 1. Vorsitzende und jetzige Reichsarbeitsminister Schlichte, der die ersten Tage persönlich an der Generalversammlung teilnahm, hat an dieselbe einen Brief geschrieben, worin er Abschied vom Verbande nimmt.

In dem Brief heißt es u. a.: Nach 28-jähriger Tätigkeit scheide ich aus meiner Stellung als Verbandsvorsitzender. Ich tue dies mit gemischten Gefühlen, aber in Erfüllung meiner Pflicht. Daß mir der Abschied nicht leicht wird, brauche ich nicht zu erklären. Ich war dazu entschlossen, noch ehe die Mehrheitsverhältnisse der heutigen Generalversammlung feststanden. Die Entwicklung, die unser Verband genommen hat, machten es mir unmöglich, auch nur einen Teil der Verantwortung zu tragen, die das Amt des ersten Vorsitzenden verlangt. Ich scheide in der Überzeugung, daß die jüngste Entwicklung des Verbandes unseren Mitgliedern nicht zum Vorteil gereicht. Nachdem aber das Wort die Macht über die Tatsachen hat, muß ich als aufrechter Mann, der zu feine ich mich stets bemüht habe, mich von Euch trennen. Weiter heißt es dann: Wollt Ihr Euch Enttäuschungen ersparen, stellt Euch auf den Boden der Wirklichkeit. Laßt Euch nicht blenden durch Worte. An der Praxis gewöhnt, jede ihrer fremden Theorie. Als Gegner von Entschlüssen, denen die Macht zur Durchsetzung fehlt, habe ich stets vor Ihnen gewarnt. Das ist der Gegensatz in unseren Anschauungen. Ihn zu überbrücken, fühle ich mich zu schwach, besonders wo der Wille dazu zu fehlen scheint.

Man mag zu den sozialdemokratischen Gewerkschaften stehen und über sie denken wie man will, so wird man eine solche Entwicklung doch bedauern müssen, weil dadurch das Interesse der Arbeiterschaft Schaden leiden muß. Selbst wenn man auf dem Standpunkt stünde, daß die Führer der freien Gewerkschaften heute durch dasselbe Mittel bekämpft werden, das sie in ihren Verbänden andersgestimmten Arbeitern gegenüber stillschweigend gebühret haben, so muß man das Hinausheilen der erfahrenen Führer durch unerfahrene Heißsporne bedauern. Die Gewerkschaftsbewegung, die es ehrlich mit ihren Mitgliedern meint, kann und darf sich nicht dazu hergeben, das Versuchsobjekt zweifelhafter Probleme durch radikale Elemente zu werden.

Alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die eine solche Entwicklung nicht mitmachen wollen, müssen sich den christlichen Gewerkschaften anschließen, weil dies die sicherste Gewähr dafür ist, daß die Gewerkschaftsbewegung das bleibt, was sie sein soll: Die wissenschaftliche Interessenvertretung!

Eine Sitzung der Hauptvorstände

unter dem Vorsitz der Herren Unparteiischen, fand auf Antrag des Adav am 28. Oktober in Frankfurt statt. Die Gründe, die den Adav hierzu veranlaßten, kommen in Nr. 44 des Zentralorgans zum Ausdruck. Es wird dort berichtet, daß die Kasseler Schiedssprüche zwar nicht generell abgelehnt worden sind, aber durch örtliche Streiks in nicht weniger als 17 Orten unstritten wurden oder noch bekämpft werden. In vier Orten seien noch

große Arbeitsseinstellungen im Gange, um eine Minderung der Kasseler Schiedssprüche zu Gunsten der Gehilfenschaft zu erzwingen. In Hamburg II und in Breslau streikten die Dammschneider und Schneiderinnen, um die Minderung des Schemas ihrer Entlohnung zu erreichen. In Frankfurt sind die Gehilfen bei mehreren großen Firmen in den Streik getreten, um neben der Vohnerhöhung Wirtschaftshilfen von 600 M für Berufskarte und 400 M für Ledige zu erkämpfen. Überhaupt des letzten vier Wochen sei in Bremen, Celle, Oesfeld, Schwelge, Hohl, Gollha, Halle, Herne, Limburg, Ludwigshafen, Pirmasens, Schwerin, Paderborn und Wolfenbüttel gestreikt worden. In allen diesen Orten hätten sich die Arbeitgeber genötigt gesehen, Zugeständnisse zu machen, um den gewerkschaftlichen Frieden wieder herzustellen. Diese Zugeständnisse, so schreibt das Zentralorgan, zwingen den Adav, auch in Zukunft Sicherungen zu schaffen, um derartige Extraspuren zu verhüten. Für diesmal habe er (der Adav, D. R.) die Einberufung des Schiedsgerichtes der Unparteiischen beantragt, um endlich Ordnung zu bekommen.

Eine Einladung zu dieser Tagung ist an uns mit ergangen, und konnte somit ein Vertreter unseres Verbandes an ihr auch nicht teilnehmen, und, wie aus dem Verlaufe der Sachgebarung hervorgeht, war auch der Gewerbeverein der Schneider (G. V.) nicht vertreten. Wir haben, als wir Kenntnis davon erhielten, daß die Sitzung stattgefunden hat, wegen der unterbliebenen Einladung besonders beim Adav Beschwerden eingelegt, weil bei dieser Gelegenheit auch das Wahlreglement für die Wahlen der Vorstands und Komäner festgelegt wurde, an deren Beratung alle Verbandsorganisationen interessiert waren.

Ueber die Verhandlungen folgen wir dem Bericht des Zentralorgans. In Berlin entstanden Meinungsverschiedenheiten darüber, wieviel Taschen gehören zum Großstück. Seit langen Jahren wurden nur 4 Taschen zum Großstück gerechnet, alle weiteren wurden extra bezahlt. Die Arbeitnehmer verlangten nun in jedem Falle, wenn eine äußere Drahttasche angebracht wird, daß diese als Extratäsche zu gelten habe und als Stofftasche mit Lohn bezug. Die Differenz darauf bezahlt werde. Der Vertreter der Arbeitgeber beantragte zu entscheiden, daß die äußere Tasche im Grundlohn enthalten sei.

Der Schiedsspruch lautet: Zum Stücklohn gehören 4 Taschen, ohne jede Rücksicht wo sie angebracht werden. Wenn mehr als 4 Taschen gemacht werden, werden die überzähligen nach Tarif extra bezahlt, und zwar mit der Maßgabe, daß bei Taillierstücken eine äußere Drahttasche, bei Saiten und Paletots 2 Seitentaschen und eine Brusttasche oder Billettasche im Grundlohn eingegriffen sind.

Die Unparteiischen fügten, da ein ähnlicher Fall aus Wiesbaden vorlag, ihren Schiedsspruch bei, daß für alle Orte, die in ihren Tarifen 5 Taschen zum Großstück vorgeschrieben haben, die äußeren Taschen nach dem für Berlin geltenden Schiedsspruch verlangt werden können. Des weiteren war in Berlin die Bezahlung der Überstunden strittig. Bisher wurden für die ersten 2 Überstunden 50 Prozent, für die weiteren Überstunden 66 2/3 Prozent bezahlt. Durch Schiedsspruch wurden 50 Prozent, 66 2/3 Prozent und 100 Prozent festgelegt. Strittig war ferner der Nachtstundenlohn, der in einer Anzahl Positionen so hoch gewesen sein soll, daß die Tagsschneider bei 48-stündiger Arbeitszeit 90 und mehr Tagessunden erzielen. Die Arbeitgeber beantragten aus diesem Grunde eine Revision. Da sowohl am Orte wie bei den Verhandlungen in Frankfurt eine Einigung nicht ergieng, fällten die Unparteiischen folgenden Schiedsspruch:

Mit Rücksicht darauf, daß die in Kassel getroffene Vereinbarung der Nachttagsschneider für Berlin nicht die Möglichkeit gibt, eine Regelung zu schaffen, wonach die Löhne der Nachttagsschneider auf annähernd gleiche Basis kommen, wird den Vertragsparteien aufgegeben, über den Nachtstundenlohn zu verhandeln und in dem Sinne anzugehen, daß eine effektive Arbeitszeit von 60 Stunden nicht überschritten wird.

Die Delegierten des Abw. Ausschusses, Hirscher, Stenhal, Dering und Königshagen legten Protest gegen die Kasseler Schiedssprüche ein. Hierzu erging seitens des Unparteiischen folgende Entschliebung:

Für Stendal wird die III. Reichslohnklasse der normalen Leistung zu Grunde gelegt.

Dering II. Die Unparteiischen empfehlen eine Einigung am 1. Okt. Sollte diese nicht gelingen, dann geht die Anschauung der Unparteiischen dahin, daß bei gemischter Beschäftigungsart des einzelnen Arbeiters das Stücklohnsystem anzuwenden ist.

Bereinstimmt wurde: Fätschen unter dem Gürtel je eine sechsfel Stunde.

Für Düsseldorf II. erging folgender Schiedsspruch: Die Versinkung des Reichsschemas in der Damenschneiderei bezieht sich nur auf die Orte, die noch nicht geeinigt, oder durch Schiedsspruch erledigt waren.

Zum Schluß der Verhandlungen wurde seitens der Vertretenen Tarifkontrahenten der Reichstarifvertrag für gültig und rechtskräftig erklärt.

Die Wahlen zu den Betriebsräten.

Wie im vorstehenden Bericht schon angedeutet, ist in Frankfurt auch für die Wahlen von Betriebsräten und Obmännern folgende Wahlordnung festgelegt worden:

1. Die Mitglieder des Betriebsrates bzw. der Betriebsobmann werden von den Arbeitern und Arbeiterinnen in unmittelbarer und geheimer Wahl, nach den Grundsätzen der Verhältniswahl, auf die Dauer von einem Jahr gewählt.

Nach Ablauf der Wahlzeit bleiben die Mitglieder des alten Betriebsrates bzw. der Obmann solange in Amte, bis der neue Betriebsrat bzw. Obmann gewählt ist. — Wiederwahl ist zulässig.

2. Wahlberechtigt und wählbar sind alle männlichen und weiblichen Arbeitnehmer (Betriebs- und Heimarbeitler), die das 17. Lebensjahr erreicht haben. — Behrungen sind nicht wählbar.

3. Tag und Stunde der Wahl werden vom Arbeitgeber im Einverständnis mit dem Vertrauensmann der Arbeiter festgesetzt.

Die Werkstattdarbeiter können mündlich, die Heimarbeitler müssen schriftlich von dem Leiter der Wahl benachrichtigt werden.

4. Vor Eintritt in die Wahl hat die Versammlung der erschienenen Wähler aus ihrer Mitte eine Kommission zu wählen, welche die Wahlen leiten und das Wahlergebnis festzustellen hat.

5. In jedem Betrieb ist vom Arbeitgeber eine Liste der Wahlberechtigten aufzustellen. Dieselbe dient als Grundlage für die Einladung zur Teilnahme an der Wahl als auch zur Kontrolle über die Ausübung der Wahl.

6. Die Wählerliste ist eine Woche vor der Wahl im Geschäftsbüro zur Einsicht aufzulegen.

7. Die Vorschläge für die Wahl zum Betriebsrat müssen dem Arbeitgeber 8 Tage vor der Wahl eingereicht und vor Beginn der Wahlhandlung von diesem oder seinem Stellvertreter bekanntgegeben werden.

8. Sämtliche Wahlen müssen vor dem 1. Dezember d. Jahres vorgenommen werden.

9. Im übrigen finden die Bestimmungen der Wahlordnung des hessischen Betriebsrätegesetzes entsprechende Anwendung.

10. Alle Beschwerden sind auf dem Tarifschiedsgerichtsweg zu erledigen.

Da wir zu der Sitzung eine Einladung nicht erhalten haben, erhielten wir von der Festlegung der Wahlordnung erst durch die „Nachschaltung für Schneider“ am 8. November Kenntnis und schrieben sofort telegraphisch und brieflich dem Abw. Protest, insbesondere wegen des nahen Termins der Wahl (1. Dezember), weil es uns in der kurzen Frist, bei den schlechten Verkehrsverhältnissen als ausgeschlossen galt, unseren Wahlstellen die nötigen Anweisungen zu geben, und beantragten, den Termin bis 1. Januar 1920 zu verlängern. Daraufhin erhielten wir vom Abw. die Mitteilung, daß er damit einverstanden sei, den Termin

der Wahlen an denjenigen Ort, wo dieses Wahlrecht besteht

auf den 15. Dezember

festzusetzen. An diesem Termin wollen nun unsere Kollegen und Kolleginnen überall festhalten, sofern nicht bereits ein anderer Termin vereinbart ist.

Die Damenschneiderbewegung in München.

Nach schwierigen Verhandlungen kam hier für das Damenschneidergewerbe ein neuer Tarifvertrag zustande. Die hiesigen Arbeitgeber im Damenschneidergewerbe gehören dem Abw. nicht an. Als wir zum 1. Juli den bestehenden Tarif kündigten, wurde gleichzeitig bemerkt, es sei beabsichtigt, die notwendigen Verhandlungen zur Neuschaffung des Vertrages konform mit den Verhandlungen im übrigen deutschen Schneidergewerbe laufen zu lassen, und dementsprechend auch die Forderungen dann erst einzureichen, wenn die allgemeinen Verhandlungen ein entsprechendes Ergebnis gezeitigt hätten.

Nun hatte es bei Beginn der örtlichen Verhandlungen mit dem Abw. den Anschein, als ob sich die Arbeitgeber im Münchener Damenschneidergewerbe dem Abw. anschließen würden. Für die bezügliche Anfrage beim Vorsitzenden des Abw. wurde dahin beantwortet, daß Anschlußverhandlungen im Gange seien, und die Lohnfrage jedenfalls gleichzeitig mit der Herrenschneidererei erledigt werden könne. Diese Verhandlungen zerschlugen sich dann an der Auffassung der Arbeitgeber im Damenschneidergewerbe, daß sie ohne Abw. bei der Lohnfrage besser für sich abschneiden würden. Damit hatten wir für die Bewegung der Damenschneider und Schneiderinnen freie Hand. So wurden dann nach den Kasseler Verhandlungen die neuen Forderungen auf der Grundlage des alten Münchener Tariffschemas, das gegenüber dem in Kassel vereinbarten Hauptschema vorteilhafte Abweichungen zu Gunsten der Arbeiter enthält, eingereicht. Die erste Verhandlung zwischen dem deutschen Schneiderverband und der neu geschaffenen Arbeitgeberorganisation zerschlug sich. Das Ergebnis war ein beiderseitiges letztes Angebot und Forderung als Ultimatum. Die Arbeitgeber hatten jedoch zugesagt, daß der abzuschließende Vertrag ab 1. Oktober 1919 in Kraft treten solle, auch wenn der Abschluß erst später nach etwaigen Verhandlungen vor einer Schlichtungsinstanz erfolgen sollte. Eine vom freien Verband einberufene allgemeine Versammlung am 8. Oktober erklärte sich jedoch für den Streik, der, ohne das weitere Verhandlungen abgewartet werden sollten, am Montag, den 8. Oktober, beginnen sollte. Als daraufhin am 4. Oktober am Generalkongress unter dem Vorsitz des Herrn Gerichtsrates Sartorius Verhandlungen stattfanden, kam es nach lebhaften Auseinandersetzungen zwischen der Leitung des Arbeitgeberverbandes und den Vertretern der beiden Arbeitnehmerverbände auf Vorschlag des Vorsitzenden zu nachstehender Vereinbarung, die die Grundlage für die Weiterverhandlung und den Abbruch des beschlossenen Streiks bieten sollte:

1. Die Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Tarifvertrages werden mit größtmöglicher Beschleunigung fort und zu Ende geführt. Die Verhandlungen müssen bis Mittwochabend zum Abschluß gebracht werden.

2. Die Vertreter der Arbeitgeber erklären, daß sie ihr Ultimatum nicht aufrecht erhalten, daß sie vielmehr über dieses letzte Angebot hinaus erhebliche Zugeständnisse machen werden.

3. Erfolgt eine Einigung nicht, so werden beide Parteien für die Annahme eines einstimmig gefassten Schiedsspruches eintreten.

4. Der auf Grund einer Einigung oder durch Schiedsspruch neu geschaffene Vertrag tritt rückwirkend ab 1. 10. cr. in Kraft.

5. Die Vertreter der Arbeitnehmer erklären, daß sie dafür eintreten, daß die Arbeit weitergeführt wird bis zum Abschluß der Verhandlungen.

Dieser Vereinbarung stimmten dann bei der ersten Streik-
versammlung am Montag, zu der ca. 1000 Ausländische er-
schienen waren, trotz dem geradezu zum „Streik einladenden
schönen Wetter“ die Erschienenen einstimmig zu. Damit war
der Weg zur voraussichtlich erfolgreichen Verhandlung freigelegt.
Die hierauf folgenden Verhandlungen zeigten einen Vertrag, der
in der zum Abend einberufenen Versammlung nach eingehenden
Erklärungen und Begründungen seitens der Vertreter der
beiden Verbände einstimmige Annahme fand. Der so für beide
Teile annehmbare Verlauf der Bewegung bezw. deren Ausfall
ist in erster Linie dem umsichtigen Eingreifen des Gerichtsrates
Carrius zu danken, dem auch an dieser Stelle gedankt werden
soll! Den Mitgliedern aber rufen wir zu, dankt durch eifriges
Werben für die Organisation dieser für ihr Eintraten zu Gunsten
Nutzen!

Der Vertrag sieht folgende Lohnsätze vor:

Der Lohn beträgt pro Stunde:	Alt. I	Alt. II	Alt. III
a) für Damenschneider und Stücker . .	Markt	Markt	Markt
b) für Damenschneider im ersten Jahre nach beendeter Lehre	2.45	2.45	2.85
c) für Maschinistinnen und Stückerinnen . .	1.80	1.70	1.60
d) für selbständige Schneiderinnen (Zat- len-, Taillen-, Rock- und Änderungs- schneiderinnen, sowie Stückerinnen) . .	1.65	1.55	1.45
Unter Änderungsschneiderinnen im Sinn der Position versteht man die- jenigen Arbeiterinnen, welche für Änderungen eingestellt sind und haupt- sächlich mit Änderungen beschäftigt werden. Unter Änderungen versteht man solche Arbeiten, welche sich auf die Passform des Kleidungs selbst er- strecken.	1.40	1.30	1.20
e) für Guarbeiterrinnen	1.10	1.—	0.90
f) für Damenschneiderinnen im ersten Jahr nach der Lehre, sowie auch für Arbeiterinnen, die bisher nicht im Beruf tätig waren, in den ersten 4 Wochen	0.80	0.75	0.65
im zweiten Jahr nach der Lehre . .	0.90	0.85	0.75

- g) Lehrlinge und Lehrlingmädchen erhalten pro Tag:
Klasse I und II
im 1. Jahr M. 1.25, im 2. Jahr M. 2.25, im 3. Jahr M. 3.50
Klasse III ab 1. Januar 1920
im 1. Lehrjahr M. 0.75, im 2. Lehrjahr M. 1.—, im 3. Lehrjahr M. 1.50
ab 1. April 1920
im 1. Lehrjahr M. 1.—, im 2. Lehrjahr M. 1.50, im 3. Lehrjahr M. 2.—
ab 1. Juli 1920
im 1. Lehrjahr M. 1.—, im 2. Lehrjahr M. 2.—, im 3. Lehrjahr M. 3.—

Sohnzahlung für die in die Woche fallenden gesetzlichen Feier-
tage finden nicht statt, ebenso nicht an den übrigen Feiertagen,
an denen auf Verlangen des Arbeitgebers nicht gearbeitet wird.

Lohnstarif für die westdeutsche Krawattenindustrie.

Mit der Vereinigung deutscher Krawattenfabrikanten ist nach-
stehender Lohnstarif vereinbart. Der Hauptstz der Krawatten-
industrie im Westen Deutschlands ist der Niederrhein, besonders
die Orte Krefeld, Neuss und Geilenkirchen.

Mindestlohnsätze für das Personal in den Krawattenfabriken.

1. Zuschneider und Zuschneiderinnen.

Lehrlinge im 1. Jahr pro Woche 12 M., im 2. Jahr 18 M.,
im 3. Jahr 25 M.

Vorselernete Zuschneider von 17—18 Jahren pro Woche 28 M.,
18—19 Jahren 48 M., 19—20 Jahren 60 M., 20—21 Jahren 72 M.,
von 21 Jahre ab 84 M., von 24 Jahre ab 90 M.

Wachsmädchen im 1. Jahre pro Woche 10 M., im 2. Jahre 15 M.,
im 3. Jahre 20 M.

Ausgelernte Zuschneiderinnen von 17—18 Jahren pro Woche
25 M., 18—19 Jahren 30 M., 19—20 Jahren 36 M., 20—21 Jahren
42 M., von 21 Jahre ab 50 M., von 24 Jahre ab 60 M.

2. Direktivinnen erhalten pro Woche 75 M.

3. Lagermädchen und Konfektionsgehülfinnen
erhalten pro Woche von 14—15 Jahren 10 M., 15—16 Jahren
15 M., 16—17 Jahren 20 M., 17—18 Jahren 24 M., 18—19 Jahren
28 M., 19—20 Jahren 32 M., 20—21 Jahren 37 M., von 21 Jahre
ab 45 M., von 24 Jahre ab 50 M.

Lagermädchen und Konfektionsgehülfinnen, die besondere
verantwortungsvolle Arbeiten verrichten, erhalten je nach Leistung
5—15 M. mehr.

4. Packer, Schürger und Hilfsarbeiter
erhalten bis 15 Jahre 12 M., bis 16 Jahre 18 M., bis 17 Jahre 25 M.,
bis 18 Jahre 35 M., bis 19 Jahre 45 M., bis 20 Jahre 55 M., bis
21 Jahre 65 M., über 21 Jahre 75 M., Verheiratete 85 M.

Die oben genannten Löhne gelten als Mindestlöhne, höher
liegende Löhne dürfen nicht gefordert werden.

5. Ferienfrage. Wir machen unsere Mitglieder darauf auf-
merksam, daß in kurzer Zeit Ferien allgemein eingeführt werden
müssen. Die nähere Regelung dieser Frage soll später erfolgen.

Stepperinnen, die in den Fabriken beschäftigt werden,
sind unter Position 3 des Tarifes: Lager- und Konfektionsge-
hülfinnen zu setzen und auch nach dieser Position zu lohnen.

Nichtvollarbeiter. Soweit Beschäftigte infolge höherer
Alter, eines Unfalls oder eines Leidens nicht mehr im Besitz
ihrer vollen Arbeitskraft sind, können die Mindestlöhne unter-
schritten werden. In diesem Falle ist der Beschäftigte verpflichtet,
seinem Verband hiervon Anzeige zu erstatten. Die gleiche Pflicht
hat der Arbeitgeber seinem Verband gegenüber. Auf Arbeitsver-
schädigte hat dieser Absatz keine Anwendung.

Die Entscheidung darüber, ob ein Beschäftigter unter vorstehen-
de Bestimmung fällt, trifft die Lohnkommission der Arbeitgeber und
Arbeiter, unter Hinzuziehung von 2 Beschäftigten aus dem
selben Betrieb, wo derselbe arbeitet.

Tariffdauer. Der Tarif ist bis zum 31. 3. 1920 abge-
schlossen. Sollten die Kosten der Lebenshaltung sich wesentlich
ändern, so werden die Lohnkommissionen darüber beraten, inwie-
fern ein Ausgleich möglich ist.

Angestellte mit freier Wohnung. Für diejenigen
Angestellten (Zuschneider, Packer, Schürger, u. a.), die im Ge-
schäftslokal wohnen, kann für freie Wohnung, Brand und Licht
ein angemessener Abzug statt finden, dessen Höhe für den einzelnen
Fall zwischen den Firmen und dem betreffenden Angestellten
vereinbart werden soll.

Akkordlöhne für Näherinnen.

Die Lohnsätze setzen pro Tag und mit einem Zuschlag
von 50 Prozent.

1. Selbstbinder.

Offene Binder (ab 15. 10. 1919) 1.35 M., (ab 1. 1. 1920) 1.40 M.
Offene Binder alle Form, mit 3 Met. Stoffmaß u. darüber 1.60 M.
Für Diplomatenstiftbinder Schmetterlingsform 2.— M.
Schmale Binder mit Selbstst bis 1.00 Meter 1.60 M.
bis 1.10 Meter 1.70 M.
bis 1.20 und darüber 1.80 M.
Strepfbinder, ganz zugenäht, Länge 1.20 Meter 1.80 M.
Strepfbänder für mundumgehepte Selbstbinder 0.65 M.
Strepfbänder für alle andern 0.40 M.

2. Negatties.

Es wird auf die Löhne vor dem 1. Tarifabschluß am 4. 4. 1919
aufgebaut und zwar:

Sorte 1: früherer Lohn 0.60—0.80 M., neuer Lohn 1.60 M.
Sorte 2: früherer Lohn 0.81—1.00 M., neuer Lohn 2.00 M.
Sorte 3: früherer Lohn 1.01—1.20 M., neuer Lohn 2.40 M.
Sorte 4: früherer Lohn 1.20 und höher, neuer Lohn 2.70 M.

Strepfbänder für Negatties:

Unter gesteppte Negatties M. 0.25 und 20 Prozent 0.30 M.
F. herregates 2. Sorte M. 0.40 und 20 Prozent 0.48 M.
Binderegates 3. Sorte M. 0.50 und 20 Prozent 0.60 M.
rundum gesteppte Negattieseden M. 0.65 und 20 Prozent 0.78 M.
Eden mit Futter eingesteppt M. 0.75 und 20 Prozent M. 0.90 M.

3. Weissen.

Kleine glatte 1.20 M., Kleine doppelte 1.60 M.
Mittlere glatte 1.40 M., Mittlere doppelte 1.80 M.
Große glatte 1.60 M., Große doppelte 2.— M.

4. Diplomaten.

Die Einteilung erfolgt wie bei den Negatties, nach den vor-
der Tarifregelung bestehenden Löhnen, und zwar:

- | | |
|--------------------------|-------------------|
| 1. alter Lohn 40—50 Pfg. | neuer Lohn 1,00 M |
| 2. alter Lohn 51—60 Pfg. | neuer Lohn 1,20 M |
| 3. alter Lohn 61—70 Pfg. | neuer Lohn 1,40 M |
| 4. alter Lohn 71—80 Pfg. | neuer Lohn 1,50 M |

Gebundene Diplomaten:

Alter Lohn 1,10 M bis 1,25 M, neuer Lohn 2,50 M.

Gefütterte Diplomaten dürfen nicht in die erste Lohnklasse, sondern von der zweiten (von 1,20 M) ab eingestellt werden

5. Passons.

- | | |
|-----------------|-----------------|
| 1. Sorte 0,50 M | 2. Sorte 1,00 M |
| 6. Bänder. | |

- | | |
|--------------------------------------|--------|
| 1. Sches Stoffband | 0,75 M |
| 2. Steppbänder | 0,65 M |
| 3. Drehbänder 0,65 M; für Haken dazu | 0,15 M |
| 4. Hohlbänder 0,90 M; für Haken dazu | 0,10 M |

7. Mäntchen.

- | | | | |
|--------------------|--------|-------------------|--------|
| 1. Futter | 0,25 M | 4. Strippmäntchen | 0,55 M |
| 2. Seide | 0,40 M | 5. Gummifäden | 0,05 M |
| 3. Stoffgefütterte | 0,55 M | 6. Haken | 0,02 M |
| 8. Nebenarbeiten. | | | |

- | | |
|--------------------|--------|
| Escur | 0,25 M |
| Firmenband | 0,20 M |
| Auflage auf Knoten | 0,10 M |

9. Garnpreise.

Das Nähgarn wird zum Detailpreise, aber nicht über 1,50 M gerechnet.

Verbandsnachrichten.

Mitglieder! Wahrt Euch durch pünktliche Beitragszahlung Eure Rechte an den Verband. Wer mit seinen Beiträgen sich im Rückstand befindet, hat keinen Anspruch auf Unterstützung vermittelt. Der 47. Wochenbeitrag ist fällig für die Woche vom 16. Nov. bis 22. November.

Der 48. Wochenbeitrag ist fällig für die Woche vom 23. Nov. bis 29. November.

Der 49. Wochenbeitrag ist fällig für die Woche vom 30. Nov. bis 6. Dezember.

Bis zum 16. November haben noch folgende Zahlstellen für d. 3. Quartal abgerechnet: 1. Bezirk: Karlsruhe, Nürnberg, Ravensburg, Stuttgart. — 2. Bezirk: Göttingen, Jülich, Speyer 1. — 3. Bezirk: München, Arnberg, Böttrop, Bonn, Bedam, Bocholt, Köln, Dortmund, Gelsenkirchen, Hörter, Hagen, Heeslode, Ederfelden, Roderborn, Weddinghausen, Soest, Trier. — 4. Bezirk: Aurich, Hamburg 2, Hilbesheim und Ederburg.

Die Tarife sind nun alle, und zwar die letzten am Dienstag, den 18. November, soweit solche bestellt waren, zum Versandt gebracht. Wegen der sehr schnellen Beförderung gingen den Zahlstellen zunächst ein Teil per Druckluft zu und zwar an die entlegenen Zahlstellen bereits am 1. Dezember. Der Rest folgte dann der Eilpost halber als Wertpaket. Ueber die Abfertigung erfolgt jeweils eine Benachrichtigung. Sollte die Sendung an irgend einem Ort nicht angekommen sein, so wolle uns dies mitgeteilt werden.

Agitationsbeamter gesucht!

Zum baldigen Eintritt wird ein Agitationsbeamter gesucht. Derselbe muß längere Zeit Mitglied des Verbandes sein, organisatorisches Talent besitzen, rednerisch befähigt und mit dem Tarifwesen vertraut sein. Auf Bewerbungen, die an die Zentrale des Verbandes zu richten sind und welchem eine Abhandlung über die Tätigkeit eines Agitationsbeamten beizufügen ist, erteilt der Zentralvorstand nähere Auskunft.

Die Nummer 23 der Schneider-Zeitung ist vollständig vergriffen. Sollten in einer Zahlstelle noch übrige Exemplare vorhanden sein, so bitten wir um deren Rücksendung.

Der Zentralvorstand:
J. A. A. Schwarzman.

Adressenänderungen.

I. Bezirk:

Kreuzing: Vorf. Kollege Anton Toppel, b. Herrn Kapp, Hauptstr. Rempten: Vorf. Kollege Laver Maurer, Büchsenstraße 1 24%.
Baden-Baden: Vorf. Kollege Jos. J. Mor, verziehen nach Stefanienstraße 45.

II. Bezirk:

Frankfurt: Vorf. Kollege Würzburger, Bodenheimerlandstr. 53.
Ludwigshafen a. Rhein: Vorf. Kollege Schörding, Dammstr. 30.
Worms: Vorf. Kollegin Elise Schneider, Lebenerstr. 20.
Passierer Kollegin Henriette Eypen, Poststr. 13.

III. Bezirk:

Göfieren: Vorf. Kollege Math. Hartmann 38.
Passierer Kollege Emonds 5 B.
Hamborn-Margob: Vorf. Lamb. Droyman, Kollingshaus.
Neheim i. Westf.: Vorf. Kollege Niemann, Neumarkt 4.
Wesche i. Westf.: Vorf. Kollege Math. Wellage, Poststr. 41.
Wesel: Vorf. Kollege Goppmann, Sandtstraße 66.

IV. Bezirk:

Heiligenstadt (Eichsfeld): Vorf. Kollege Carl Franke, Solzweg 882.

„Original-Einheitsystem Biallas“

bietet die denkbare größte Präzision in der Schnittaufstellung, da sämtliche Stellpunkte zu einander in Konjunktion stehen. Die Grundlage dieser neuesten Methode ist die harmonische Teilung, welche uns in Form feingestufteter Skalen Zahlenwerte liefert, die für die Zuschneidekunst von unschätzbarem Werte sind.

Die Vorzüge dieser Erfindung sind:

- Einfach im Maßnehmen!
- Automatischer Anschluß sämtlicher Punkte!
- Elegante Linienführung der Schnittform!
- Denkbar leichteste Schnittaufstellung!
- Rapide Schnelligkeit im Zeichnen!
- Vorzüglichste, reinste Achsellage!

Neue Tages-, Abend- und Schnellkurse für gewissenhafte fachmännische Ausbildung in der Zuschneidekunst der gesamten Herren- und Damenschneidererei beginnen nur am 1. jeden Monats.

Neu eingerichtet: Vorbereitungskurse für die Meisterprüfung. Das System, welches an der Schule gelehrt wird, erscheint in Buchform auch als Selbstunterrichtswerk:
Herrenschneidererei: 18 Lieferungen je Mk. 2,50 :: Damenschneidererei: 10 Lieferungen je Mk. 2,50

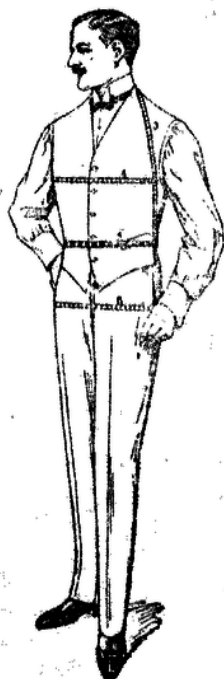
Konstruktionswinkel „Diktus“

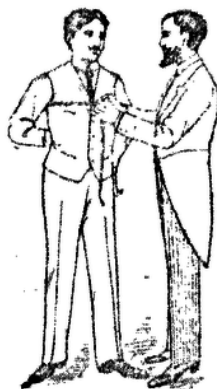
geschützt durch

D. R.-Warenzeichen :: R. G. Musterschutz :: D. R. Wortschutz :: D. R. Patent angemeldet
Technisches Hilfsmittel von unschätzbarem Wert, erspart Zeit, Mühe und Arbeit.
Man kann ihn für sämtliche Kleidungsstücke verwenden, also auch für Hosen und Westen, sowie für Damengarderoben und anormale Wachformen.

Der Winkel allein kostet Mk. 15. Anleitung für Herren- und Damengarderobe je Mk. 10.
Ausführliche Prospekte mit Schnittzeichnung und Lehrplan kostenlos.

Priv. kunstgewerbliche Zuschneideschule von Friedrich Biallas,
Berlin S W 19, Leipzigerstraße 83, Fernruf: Amt Zentrum 911.





Budde's Planosystem

verbürgt Jedem Schneidermeister und Meisterin tadellosen, eleganten Sitz und Formenschönheit. Viele Anerkennungen über nur gute Resultate und Erfolge in der Praxis gehen uns von ersten Fachleuten und Korporationen zu. Verlangen Sie darum

In Ihrem eigenen Interesse

unsere Prospekt, der kostenlos versandt wird. Wir sichern jedem Besucher unserer Zuschneideschule gründliche und zuverlässige Ausbildung in der Herren- und Damenschneidererei sowie Vorbereitung zur Meisterprüfung zu. Die Kurse beginnen am 1. eines jeden Monats.

Deutsche Schneider-Lehranstalt zu Leipzig

Richard Wagner-Platz 1.

Am alten Theater.

Direktor C. H. BUDDE, Leiter staatl. Meisterkurse.



Sieben erschienen!

Des Schneiders Ratgeber

Handbuch für den täglichen Gebrauch.

Einzigartiges Nachschlagewerk mit zahlreichen Abbildungen.

Abgabe an Fachleute gegen Einsendung von Mk. 0.20 für Porto und Verpackung.

Zeitung „Der Schneidermeister“ Hannover I.

Zuschneide-Schule

Fachwissenschaftliche Lehranstalt 1. Ranges für die gesamte Herren- und Damenbekleidung.

Dir. Heinrich Menzel

Breslau V, Gartenstraße 46 II

Gründliche Ausbildung zum Meister, Zuschneider und Direktor nach einem selbstständigen System

Kurse für die Meisterprüfung. Tages- und Abendkurse beginnend am 1. und 15. jeden Monats. Schn.-Kurse jederzeit.

Stegsoverlehte 50 Prozent Ermäßigung.

Feinste Anerkennungen.

Prospekte frei.

Schnittmuster.

Erste

Thüringische Zuschneide-Akademie

Mühlhäuserstraße 22 EISENACH Mühlhäuserstraße 22

Zuschneide-Lehranstalt 1. Ranges für Herrengarderobe

Neueste Schnitte. — Lehrbuch zum Selbstunterricht 1., 2. und 3. Auflage im Preise von 10 Mark. Schnittmuster-Versand. Prospekte kostenlos.

Eintritt zum Unterricht jederzeit.

Fachmann'sche Direktion: J. Brack.

Zuschneide- Lehranstalt

des 1. Frankfurter Zuschneide-Vereins
Frankfurt a. M., Zili 63.

Erstklassiges Institut zur Ausbildung

In sämtlichen Fächern

der Herren- und Damen-Schneidererei.

leicht faßliches und praktisches System.

Schnittmuster-Lehrbücher zum Selbstunterricht.

Ermäßigung für Arbeitsbeschäftigte.

Guten

Schneidergehilfen

für Herren- u. Damenkleider bei hohem Lohn, Wochen- oder Stücklohn. Gute Kost.

Otto Frißsche, Delfa,
Bz. Dresden I. Sa.

Tüchtige

Kost- und Paletotschneider

in und außer dem Hause sucht

Wohr & Spener

Steinweg 4-6, am Gärzenth.

System „Einfachheit“

Zuschneide-Lehrbuch für Herren- und Damenbekleidung, Mk. 14.80 franko Nachnahme. Beschreibung und Zeichnung kostenlos.

Priv. Modenakademie Thill,
Köln, Schießbach 199.

Schneider-Bügelbisen

aus Schmiedeeisen und ausgemauert, fertigen als Spezial von 20 Mk. an. Bügelbisen von 2 Mk. an. Prospekt gratis.

Gebrüder Weltlinger,
Freiburg i. B.

Der

Hofenschneider

neu erschienen

Probe-Nummer Nr. 1

Versand Frz. Thoma
Augsburg, D 165.

Neue oder wenig gebrauchte

Herren-

Singer-Nähmaschine

wird sofort zu kaufen gesucht

Hermann Barischol

Kattowitz O./S., Ring 6

Eingang Schloßstr. 1. l.

Tücht. Schneider

gesucht. Kost und Logis im Hause.

H. Matthiesen,

Schneidermeister

Augsburg, auf Allen.